



Ausarbeitung

Situation der Sparkassen in Europa



Situation der Sparkassen in Europa

Verfasser/in: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 4 – 3000 – 128/12
Abschluss der Arbeit: 06. Juli 2012
Fachbereich: WD 4: Haushalt und Finanzen
Telefon: [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgewählte Sparkassen in Europa	5
1.1.	Deutschland	5
1.2.	Italien	6
1.2.1.	Die Geschichte der Sparkassen	6
1.2.2.	Aktuelle Situation	7
1.3.	Frankreich	8
1.3.1.	Die Geschichte der Sparkassen	8
1.3.2.	Aktuelle Situation	10
1.4.	Spanien	10
1.4.1.	Die Geschichte der Sparkassen	10
1.4.2.	Aktuelle Situation	11
1.5.	Österreich	13
1.5.1.	Aktuelle Situation	13
1.6.	Schweden	15
1.6.1.	Die Geschichte der Sparkassen	15
1.6.2.	Aktuelle Situation	16
1.7.	Norwegen	16
1.7.1.	Aktuelle Situation	17
1.8.	Sparkassen in Osteuropa	18
1.8.1.	Tschechische Republik / Slowakische Republik	19
1.8.2.	Ungarn	20
1.8.3.	Polen	20
2.	Einlagensicherungssysteme	21
2.1.	Deutschland	21
2.2.	Österreich	21
2.3.	Frankreich	22
2.4.	Schweden	22
2.5.	Italien	22
2.6.	Spanien	23
2.7.	Polen	23
2.8.	Ungarn	23
2.9.	Slowakische Republik	24
2.10.	Tschechische Republik	24
3.	Geschäftsmodelle und Verbindungen zu anderen Instituten	24
4.	Zusammenarbeit zwischen den Sparkassen auf europäischer Ebene und die Bedeutung der European Savings Banks Group (ESBG)	25
5.	Die Sparkassenaufsichten der einzelnen europäischen Länder	26
6.	Auswirkungen der Finanzkrise auf die Sparkassen	26

6.1.	Deutschland	26
6.2.	Frankreich	27
6.3.	Spanien	28

1. Ausgewählte Sparkassen in Europa

Im Folgenden werden die größten Sparkassengruppen in Europa vorgestellt.

1.1. Deutschland

Die erste Sparkasse Deutschlands wurde 1771 in Hamburg in Form einer privaten Einrichtung gegründet. Das Hauptanliegen war damals die Sicherung der Einkünfte von Niedrigverdienern (z.B. Matrosen und Hausmädchen). Dieses Model wurde in den folgenden Jahren kopiert. Die ersten öffentlichen Sparkassen entstanden 1801 in Göttingen und waren selbstverwaltet. Diese Form wurde schnell zur dominanten Art der Sparkassen in ganz Deutschland.¹

Bis zum Ende der 1920er Jahre gehörten die Sparkassen zur Verwaltung der jeweiligen Städte oder der Länder. Nach der Bankenkrise von 1929 wurden sie unabhängige Einrichtungen, die den Sparkassengesetzen der Länder der Weimarer Republik unterlagen. Als Folge dieser Reform und des ersten Deutschen Kreditwesengesetzes von 1934 wurde zu ersten Mal die Bezeichnung „Sparkassen“ rechtlich geschützt. Sie erhielten das Recht, so zu fungieren wie alle anderen deutschen Banken.² Die Sparkassen-Gesetze erlaubten den Sparkassen die typischen Bankgeschäfte einer Universalbank.³ Sie spielen eine wichtige Rolle in der Sammlung von Anzahlungen, Überweisungen und der Kreditvergabe an private Haushalte, kleinen und mittelständischen Unternehmen und Selbstverwaltungsbehörden. Gemäß der Tradition arbeiten die Sparkassen nach dem Regionalprinzip mit Kunden und Unternehmen, die in ihrer Region tätig sind.

Bis 2005 genossen Sparkassen und Landesbanken bestimmte Privilegien. Hervorzuheben sind die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast. Im Laufe der 1990er Jahre erhoben private Banken Beschwerde an die EU-Kommission, da diese Garantien den Sparkassen Wettbewerbsvorteile ermöglichten. Daraufhin wurde der Wegfall der Gewährträgerhaftung⁴ und die Umgestaltung der Anstaltslast⁵ beschlossen, somit gelten die Staatsgarantien nur noch für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2005 eingegangen wurden.⁶

-
- 1 Ayadi, Rym/Schmidt, Reinhard H./Valverde, Santiago Carbó, The performance and role of savings banks, Brüssel 2009, S. 113.
 - 2 Schimansky, Herbert/Bunte, Georg/Lwowski, Hans-Jürgen, Bankrechts-Handbuch, 4. Auflage München 2011, § 124.
 - 3 Finanzgruppe Deutscher Sparkassen und Giroverband, Sparkassen, unter: <http://www.dsgv.de/de/sparkassen-finanzgruppe/organisation/sparkassen.html>, aufgerufen am 28. Juni 2012.
 - 4 Im Falle der Zahlungsunfähigkeit oder der Liquidation war der Träger verpflichtet, für die Erfüllung aller Verbindlichkeiten der Sparkassen gegenüber den Gläubigern uneingeschränkt zu haften.
 - 5 Die Anstaltslast besagt, dass der Träger (Stadt, Kreis, Zweckverband oder Bundesland), verpflichtet ist, die wirtschaftliche Basis der Institute zu sichern (durch eventuelle Zuschüsse).
 - 6 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Das deutsche Finanzsystem: Effizienz steigern – Stabilität erhöhen, Paderborn 2008, S. 86.

Im Jahr 2011 gab es in Deutschland 423 Sparkassen, diese Anzahl wird sich durch Fusionen weiter verringern. Im Gegensatz hierzu ist die durchschnittliche Sparkassengröße in den letzten 20 Jahren angestiegen.⁷

1.2. Italien

1.2.1. Die Geschichte der Sparkassen

Die Gründung der italienischen Sparkassen (Casse di Risparmio) erfolgte im frühen 19. Jahrhundert durch öffentliche Gebietskörperschaften: Gemeinden, Provinzen oder Regionen. Ihr Auftrag war es, die Kreditversorgung der Bevölkerung zu garantieren und die Verfolgung gemeinnütziger Ziele (öffentlicher Auftrag) wahrzunehmen. Ihr Wirkungskreis war auf das jeweilige regionale Umfeld beschränkt (Regionalprinzip).

In die Kritik gerieten die Sparkassen wegen ihrer engen Verbindung mit der örtlichen Politik. Führende Positionen in den Sparkassen wurden offen nach parteipolitischer Affinität verteilt. Die Geschäftstätigkeit war stark von wirtschaftspolitischen Vorgaben geprägt. Dies wurde als wesentlicher Grund für die unbefriedigende wirtschaftliche Effizienz der Sparkassen angesehen.

Die Europäische Gemeinschaft setzte mit der 1985 in Italien umgesetzten Richtlinie des Rates 77/780/EWG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute die ersten Reformimpulse. Sie zielte auf die Verwirklichung europaweiter Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit von Kreditinstituten aus europäischen Mitgliedsstaaten.

Angestoßen durch die europarechtlichen Vorschriften wurde das italienische Sparkassenwesen mit dem Amato-Gesetz vom 30. Juli 1990 radikal reformiert. Das Gesetz zielte auf die strikte Trennung des Bankgeschäfts von gemeinnützigen Tätigkeiten. Die wichtigste Änderung war zum einen die Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen in privatrechtliche Aktiengesellschaften (Casse di Risparmio S.p.A.).⁸ Hintergrund für die Privatisierung der italienischen Sparkassen war u.a. der politische Wille, die Schulden des Staates vor der Euro-Einführung zu reduzieren (Maastricht-Kriterium).

Zum anderen wurden die Gesellschaftsanteile an den Sparkassen auf Stiftungen übertragen. Die Stiftungen fungierten damit als Vehikel zur Durchführung des Privatisierungsprozesses der Sparkassen. Die Stiftungsgremien wurden durch die öffentliche Hand besetzt, was als Ausgleich für die geschwundene Möglichkeit der Einflussnahme bei den Sparkassen diente. Während den Sparkassen das operative Bankgeschäft zugewiesen wurde, wurden die gemeinnützigen Aufgaben vollständig auf die Stiftungen übertragen. Im Ergebnis erhielt die italienische Sparkassenorganisation eine vertikale Gliederung mit zwei organisatorischen Ebenen, den Stiftungen als organisatorischer Basis und, darauf aufbauend, den Sparkassen.

7 Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Sparkassen, unter: <http://www.dsgv.de/de/sparkassen-finanzgruppe/organisation/sparkassen.html>, aufgerufen am 29. Juni 2012.

8 Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 8f.

Die Verpflichtung der Stiftungen, die Aktienmehrheit an den Sparkassen zu halten, wurde durch die Dini-Richtlinie 1994 aufgehoben. Zugleich wurden steuerliche Anreize für die Stiftungen geschaffen, entweder ihre Mehrheitsanteile an den Sparkassen zu verkaufen oder ihre Einkünfte so weit zu diversifizieren, dass die Erträge aus den Sparkassenbeteiligungen nicht mehr als 50 Prozent ihrer Gesamterträge ausmachen.⁹

Das Ciampi-Gesetz von 1998 war der letzte Schritt der Sparkassenreform in Italien. Die Privatisierung war hiermit vollzogen. Bis 2005 wurden die Stiftungen dazu gezwungen, ihre Aktienmehrheit an den Sparkassen zu veräußern. Das gilt nicht für einige kleine Stiftungen deren Gesamtvermögen 200 Mio. Euro unterschreitet und Stiftungen aus bestimmten Regionen.

1.2.2. Aktuelle Situation

Rechtsform	Bankgeschäft in Aktiengesellschaften (durch Amato-Gesetz 1990 ermöglicht, Umwandlung seit 1993 abgeschlossen), privatrechtliche Trägerstiftungen.
Geschäftstätigkeit	Keine Einschränkung der Geschäftstätigkeit.
Regionalprinzip	Bereits seit 1962 war eine Filialgründung mit Genehmigung der Notenbank landesweit möglich, das Regionalprinzip wurde 1990 abgeschafft.
Stiftungen	Die zunächst als öffentlich-rechtliche Stiftungen eingerichteten Trägerinstitute sind mittlerweile vollständig in privatrechtliche Stiftungen überführt worden. Bis Ende 2005 mussten die Stiftungen zudem ihr Anteilseigentum an der Aktiengesellschaft auf unter 50 Prozent reduzieren. Das Vermögen der Stiftungen war im Jahr 2009 zu insgesamt 40,7 Prozent (Vorjahr: 32,4 Prozent) in Kapital an den privatisierten Banken investiert. Über zwei Drittel des gesamten Kapitals der Stiftungen in Höhe von 49,5 Mrd. Euro befinden sich in den Händen der zehn größten Bankenstiftungen.
Gemeinwohlorientierung	Von Trägerstiftungen wahrgenommen.

Sparkassen per 31.12.2009¹⁰

Anzahl Sparkassen (AG)	43
------------------------	----

9 Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 10.

10 Associazione di fondazioni e di casse di risparmio spa (ACRI), unter: www.acri.it (keine neueren Daten verfügbar).

Mitarbeiter	37.984
Filialen	4.422
Bilanzsumme	200.640 Mio. Euro
Eigenkapital	15.530 Mio. Euro
Kundeneinlagen	144.274 Mio. Euro

Stiftungen per 31.12.2010

Anzahl Stiftungen	88 (82 Sparkassenstiftungen)
Stiftungskapital	50,16 Mrd. Euro
Beteiligungen von Stiftungen an Banken	25,3 Mrd. Euro (42,5 Prozent ihrer Aktiva)
Ausschüttungen der Stiftungen für 2010	1,133 Mrd. Euro

1.3. Frankreich

1.3.1. Die Geschichte der Sparkassen

Das Gründungsdatum der ersten französischen Sparkasse (Caisse d'Épargne) fällt auf den 22. Mai 1818. Die aus privater Initiative gegründeten Sparkassen sollten breiten Bevölkerungskreisen das Sparen nahe bringen. Die Spareinlagen wurden der Staatsdepositenkasse (Caisse des Dépôts) übertragen, die sie zur Staatsfinanzierung verwendete und den Sparkassen im Gegenzug eine Vergütung entrichtete.

Bereits im 19. Jahrhundert war die Förderung des regionalen Gemeinwohls, unter anderem in den Bereichen Soziales und Gesundheitsförderung, wichtiger Bestandteil der Aufgaben der Sparkassen (öffentlicher Auftrag).¹¹

1983 erhielten die bislang als gemeinnützige Institute des Privatrechts geführten Sparkassen durch ein Gesetz die Rechtsform des eigentümerlosen „Kreditinstituts ohne Gewinnerzielungsabsicht“.

11 Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 15.

Mit dem allgemeinen Bankgesetz von 1984 schuf der französische Staat einen für alle Kreditinstitute gleichermaßen geltenden Rechtsrahmen. Als Universalbanken wurden die Sparkassen in ihrer Geschäftstätigkeit den anderen französischen Banken gleichgestellt. Die Deregulierung und die Wettbewerbsorientierung der Sparkassen sollten gefördert werden. Dies gelang auch durch das Bankengesetz von 1987: Die Sparkassen dürfen seither auch Kapitalgesellschaften in ihren Kundenkreis aufnehmen (seit 1999 auch börsenorientierte Unternehmen). In diesem Zusammenhang wurde mit Centre National des Caisses d'Épargne et de Prévoyance eine Zentralorganisation für den französischen Sparkassensektor geschaffen. Das Centre National überwachte die Liquidität und Zahlungsfähigkeit der Institute und übte die Aufsicht über die Sparkassen aus.¹²

Im Verlauf der Reformen erfuhr der Sparkassensektor eine massive Konsolidierung. Die Zahl der Sparkassen sank von 464 Instituten im Jahr 1983 auf 186 Ende 1990 (Höchststand waren über 580 Institute in den 1960er Jahren). Mit der Strukturreform von 1991 folgte ein weiterer gesetzlicher Schritt, in dessen Folge sich die Zahl der Sparkassen auf 31 Institute verringerte.

Im Jahr 1999 wurden unter anderem folgende weitere Reformschritte vollzogen:

- Die Sparkassen wurden in Genossenschaften umgewandelt und verloren somit ihren Charakter als eigene Bankengruppe.
- Die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen wurde gesetzlich verankert.
- Die Caisse Nationale des Caisses d'Épargne (CNCE – Nationalkasse) entstand als Zentralinstanz der Sparkassengruppe durch Fusion der bisherigen zentralen Einrichtungen Caisse Centrale des Caisses d'Épargne et de Prévoyance und Caisse Nationale des Caisses d'Épargne et de Prévoyance. Sie hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft und agiert in doppelter Funktion als strategisches Lenkungsorgan und als Kreditinstitut.
- Gleichzeitig wurde der Nationalverband FNCE (Fédération Nationale des Caisses d'Épargne et de Prévoyance) mit obligatorischer Mitgliedschaft aller Sparkassen und vorwiegend repräsentativen Aufgaben errichtet.

Das Regionalprinzip ist weiterhin nicht gesetzlich verankert, aber über die Mustersatzung der CNCE faktisch bindend.

Durch zahlreiche weitere Fusionen in den Jahren 2007 und 2008 ist die Zahl der Sparkassen auf 17 Institute gesunken.

Das Spitzeninstitut der Sparkassen, die CNCE, hat Mitte 2009 mit dem Spitzeninstitut der Banques Populaires zur BPCE (Banques Populaires Caisses d'Épargne) fusioniert.

12 Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 15.

1.3.2. Aktuelle Situation

Rechtsform	Seit dem 01. Januar 2000 genossenschaftliche Kreditinstitute gemäß Gesetz vom 25. Juni 1999 (vorher: stiftungsähnliche Rechtsform privaten Rechts)
Anteilseigner	Zu 80 Prozent (aber mit 100 Prozent der Stimmrechte) lokale Spargesellschaften, deren Anteilseigner wiederum Kunden, Angestellte und Gebietskörperschaften sind. Genossenschaftliches Prinzip: One man – one vote. Ende 2010 wies die Sparkassengruppe 4,3 Millionen genossenschaftliche Anteilseigner auf, die in 275 lokalen Spargesellschaften organisiert sind.
Geschäftstätigkeit	Seit dem 01. Januar 2000 keine Einschränkungen der Geschäftstätigkeit.
Marktanteile	im Retailbankenmarkt per 31. Dezember 2010: - ca. 20 Prozent Privatkunden - ca. 10 Prozent Gewerbe- und Firmenkunden
Regionalprinzip	Ja
Gemeinwohlorientierung	Seit Anfang 2009 (Freigabe des Livret A) keine gesetzlich verankerte Gemeinwohlorientierung mehr. Die Sparkassen haben sich seither selbst verpflichtet, 1 Prozent des Nettobankenprodukts (Zins- und Provisionsergebnis vor Risikokosten) für gemeinwohlorientierte Aufgaben aufzuwenden.
Führung	Die Sparkassen werden von einem Vorstand (directoire) mit 2 bis 5 Mitgliedern geführt, die vom Aufsichtsrat (COS – conseil de surveillance) vorgeschlagen werden und deren Ernennung das französische Spitzeninstitut BPCE zustimmen muss. Von den 17 Aufsichtsratsmitgliedern werden 11 oder mehr von der Hauptversammlung der Anteilseigner gewählt, maximal 3 von den Gebietskörperschaften und ebenso viele von den Angestellten.

Ergebnisse BPCE / Sparkassen 2011

Der Marktanteil der Gruppe bei (Spar)Einlagen beläuft sich auf 20,8 Prozent, der Marktanteil bei Kundenkrediten auf 19,9 Prozent.

Die Sparkassen bedienen 26,5 Mio. Kunden (4.228 Filialen). Ihr Gewinn nach Steuern 2011 betrug 1,362 Mrd. Euro. Der Gewinn nach Steuern der gesamten BPCE-Gruppe lag mit 2,647 Mrd. Euro 2011 um gut 26 Prozent niedriger als im Vorjahr.

1.4. Spanien

1.4.1. Die Geschichte der Sparkassen

Die erste spanische Sparkasse (Caja de Ahorros) wurde 1838 durch private Initiatoren gegründet. Wie auch in anderen Ländern sollte in erster Linie das Sparen als Mittel zur Verbesserung der Lebensumstände in der Bevölkerung gefördert werden.

Mit dem Gesetz von 1853 wurden die Sparkassen einer Reglementierung unterzogen. Es kam zum Verbot der Kreditgewährung für kommerzielle Investitionsvorhaben und zur Fixierung des Zinssatzes für das Einlagengeschäft. Weiterhin wurden genaue Vorgaben zur Gewinnverwendung eingeführt. Zudem wurden die in eigentümerloser Rechtsform geführten Sparkassen zu wohlthätigen Einrichtungen erklärt und deren Leitung an Gremien staatlich benannter Mitarbeiter übertragen. Die Sparkassen arbeiteten nach dem Regionalprinzip.¹³

1977 wurde ein Gesetz zu Reformierung des Finanzmarktes durchgeführt. Ziel war es, den Wettbewerb zu stärken, indem die Preisbindung und die Vorschriften zur Verwendung der Einlagen aufgehoben wurden. Im Bereich der Geschäftsfelder wurden die Sparkassen den Geschäftsbanken gleichgestellt. Mit dem Ziel einer Entpolitisierung der Sparkassen wurden die Leitungsgremien den Bürgern geöffnet, indem Sparer, Gründer und kulturelle, wissenschaftliche oder wohlthätige Organisationen in die Organe eingebunden wurden.

2002 wurde der spanische Finanzmarkt ein weiteres Mal reformiert. Hierbei wurde der Stimmrechtsanteil der öffentlichen Körperschaften auf maximal 50 Prozent festgesetzt (zuvor teilweise über 70 Prozent). Damit wurde verhindert, dass die EU-Kommission die Sparkassen als öffentlich Unternehmen einstufen und Kredite somit als staatliche Beihilfen einordnen könnte.

Im Zuge der Finanzkrise ab 2007 und des Platzens der spanischen Immobilienblase gerieten zahlreiche kleinere und größere spanische Sparkassen in Schwierigkeiten. Ein Maßnahmenpaket aus staatlichen Unterstützungen, Zwangsfusionen und Änderungen am Sparkassengesetz soll diese nun vor Zusammenbrüchen bewahren.

1.4.2. Aktuelle Situation

Rechtsform	Universalbanken in stiftungsähnlicher Rechtsform (ohne Gesellschafter). Seit Juli 2010 ist eine Ausgliederung des Bankgeschäfts in eine AG möglich. Sofern ein Mindestbehalt von 50 Prozent unterschritten wird, muss die Sparkasse in eine Stiftung ohne Bankgeschäft umgewandelt werden. Gleiches gilt bei der Einbringung zentraler Bereiche in ein „Institutional Protection Scheme“.
Öffentliche Unterstützung und Kontrolle	Seit Juli 2010 wird der Anteil der Gebietskörperschaften und öffentlichen Körperschaften in den Aufsichtsgremien auf max. 40 Prozent begrenzt. Gewählte Politiker dürfen kein Amt in den Gremien der Sparkasse ausüben.
Geschäftstätigkeit	1977 wurden die Sparkassen hinsichtlich der zulässigen Geschäfte den privaten Banken gleichgestellt.
Regionalprinzip	1988 kam es zur vollständigen Aufhebung des Regionalprinzips. Die Errichtung von Zweigstellen ist auch im Ausland zugelassen.

13 Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 24.

Gemeinwohl-orientierung	Die Sparkassen führen mindestens 50 Prozent ihrer Gewinne nach Steuern den Reserven zu. Der Überschuss wird für wohltätige Zwecke (Obra Social) verwendet.
--------------------------------	--

Das im Juli 2010 verabschiedete Sparkassengesetz ermöglicht den Sparkassen neben der Einbehaltung erwirtschafteter Gewinne folgende Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung und Rechtsformänderung:

1. Ausgabe börsennotierter Eigenkapitalscheine (cuotas participativas) mit oder ohne Stimmrechte in Höhe von bis zu 50 Prozent des Eigenkapitals.
2. Einbringung des Bankgeschäfts in eine Aktiengesellschaft, die Sparkasse behält mindestens 50 Prozent am Eigenkapital der Gesellschaft.
3. Einbringung zentraler Teile des Geschäfts in einen Sparkassenverbund (Engl.: IPS – institutional protection system) mit anderen Sparkassen (zwingend als Bank-Aktiengesellschaft).

Sparkassensektor inkl. CECA¹⁴ (31. Dezember 2010)

Anzahl Sparkassen	16 im Juli 2011 (inkl. CECA)
Filialen	22.750
Mitarbeiter	125.162
Bilanzsumme	1.285.765 Mio. Euro
Kundeneinlagen	719.320 Mio. Euro (47,9 Prozent Marktanteil)
Kundenkredite	848.348 Mio. Euro (45,0 Prozent Marktanteil)
Jahresüberschuss	1.980
Verhältnis Aufwand zu Ertrag	57,6 Prozent

14 Confederation Española de Cajas de Ahorros (CECA), Nationalverband der spanischen Sparkassen. Dieses hat eine Doppelfunktion als Sparkassenverband und Spitzeninstitut, vgl. Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 28.

1.5. Österreich

Wie in anderen europäischen Ländern haben auch die österreichischen Sparkassen ihren Ursprung im frühen 19. Jahrhundert. Sie hatten ähnliche Intentionen wie die Sparkassen in Deutschland, Spanien und in anderen europäischen Ländern: Die Gründung erfolgte mit dem Ziel, der lokalen Entwicklung zu dienen und die Ersparnisse von Bürgern mit wenig Einkommen und geringem Wohlstand anzulegen. Hinsichtlich ihrer Struktur waren sie auch ein Teil eines Bundesnetzes und hatten in unterschiedlichen Graden lokales öffentliches Eigentumsrecht.

Das Regionalprinzip wurde 1979 abgeschafft. Außerdem wurde 1987 die freiwillige Umwandlung der Sparkassen in Aktiengesellschaften möglich.

Das komplette österreichische Sparkassen-System ist weniger dezentralisiert als es einst war und aus diesem Grund auch weniger als diejenigen Deutschlands und Spaniens. Das Spitzeninstitut, die Erste Bank Österreich, Die führende Institution, die Erste Gruppe, hat eine viel wichtigere Rolle im österreichischen Sparkassen-System als entsprechende Einrichtungen in Deutschland und Spanien. Das österreichische Sparkassen-System ist zwar eine Föderation, ähnelt aber mehr einer Unternehmensgruppe.

1.5.1. Aktuelle Situation

Rechtsform	<p>Im derzeit noch gültigen Sparkassengesetz von 1979 werden die österreichischen Sparkassen in § 1 Absatz 1 als „von Gemeinden oder Sparkassenvereinen gegründete juristische Personen des privaten Rechts“ definiert. Die Gemeindesparkassen sind Einrichtungen, die durch eine oder mehrere Gemeinden getragen werden, wobei die Gemeinden bis Anfang 2003 voll für die Verbindlichkeiten der Sparkasse hafteten. Die Vereinssparkassen entsprechen in ihren Strukturen in etwa den deutschen freien Sparkassen.</p> <p>Seit 1987 haben die österreichischen Sparkassen die Möglichkeit, ihr Bankgeschäft in eine Aktiengesellschaft einzubringen. Die ursprüngliche Sparkasse verbleibt als Anteilsverwaltungssparkasse (AVS), das heißt ihre Funktion umfasst nur noch die Verwaltung der durch sie gehaltenen Aktien an der Sparkassenaktiengesellschaft sowie gemeinwohlorientierte Tätigkeiten.</p> <p>38 Sparkassen haben ihren Geschäftsbetrieb in eine Aktiengesellschaft ausgelagert. Die übrigen 15 bestehen noch in der traditionellen Form von 3 Gemeinde- und 12 Vereinssparkassen.</p>															
Eigentümerstruktur	<p>Sparkassen nach ihrer Rechtsform und Eigentümer (Entwicklung)</p> <table border="1" data-bbox="456 1883 1453 2054"> <thead> <tr> <th></th> <th>2000</th> <th>Ende 2010</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Sparkassen (eigentümerlose Form)</td> <td>42</td> <td>15</td> </tr> <tr> <td>davon</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>- Vereinssparkassen</td> <td>16</td> <td>12*</td> </tr> <tr> <td>- Gemeindesparkassen</td> <td>26</td> <td>3</td> </tr> </tbody> </table>		2000	Ende 2010	Sparkassen (eigentümerlose Form)	42	15	davon			- Vereinssparkassen	16	12*	- Gemeindesparkassen	26	3
	2000	Ende 2010														
Sparkassen (eigentümerlose Form)	42	15														
davon																
- Vereinssparkassen	16	12*														
- Gemeindesparkassen	26	3														

	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Sparkassen-AG</td> <td>26</td> <td>38**</td> </tr> <tr> <td>Sparkassen insgesamt</td> <td>68</td> <td>53</td> </tr> <tr> <td>Sparkassen Privatstiftungen</td> <td>15</td> <td>35</td> </tr> <tr> <td>Anteilsverwaltungssparkassen</td> <td>14</td> <td>9</td> </tr> </tbody> </table> <p>* inklusive Die Zweite Wiener Vereins Sparcasse ** ohne Erste Group Bank AG</p>	Sparkassen-AG	26	38**	Sparkassen insgesamt	68	53	Sparkassen Privatstiftungen	15	35	Anteilsverwaltungssparkassen	14	9
Sparkassen-AG	26	38**											
Sparkassen insgesamt	68	53											
Sparkassen Privatstiftungen	15	35											
Anteilsverwaltungssparkassen	14	9											
Geschäftstätigkeit	Die Sparkassen sind seit 1979 als Universalbanken allen anderen Kreditinstituten gleichgestellt. Der Schwerpunkt liegt traditionell auf Privatkunden, kleinen und mittleren Unternehmen und der Vermögensverwaltung.												
Landesweite Verbreitung	Die Sparkassengruppe umfasste zum Ende 2010 54 Sparkasseninstitute (inkl. Erste Group Bank AG und Zweite Sparkasse) mit einem flächendeckenden Netz von 1.044 Geschäftsstellen (Ende 2009: 1.052) in allen Bundesländern Österreichs.												
Marktanteile zum 31.12.2010	nach Bilanzsumme: 16,65 Prozent bei Retaileinlagen: 19,01 Prozent bei Retailkrediten: 19,27 Prozent												
Regionalprinzip / Marktstellenbereinigung	1979 abgeschafft. De facto ist das Regionalprinzip wieder eingeführt, da das Spitzeninstitut Erste Bank Österreich seine Filialen in der Fläche im Rahmen der Marktstellenbereinigung gegen Beteiligung an die Bundesländersparkassen weitgehend übertragen hat. Insgesamt sind seit 1998 etwa 100 Bankstellen der Ersten Bank an die Sparkassen übertragen worden.												
Gemeinwohlorientierung / Corporate Social Responsibility	<p>Die Sparkassen erfüllen in ihrem Einzugsbereich auch gemeinnützige, insbesondere soziale und kulturelle Aufgaben. Das gesellschaftliche und soziale Engagement ist freiwillig.</p> <p>Seit 2004 wieder verstärkte Besinnung auf den Gründungsauftrag und damit die Gemeinwohlorientierung und seitdem jährliche Veröffentlichung einer Leistungsbilanz über die Aktivitäten der Sparkassen in ihrer Region. In 2010 hat die österreichische Sparkassengruppe fast 24 Mio. Euro bzw. 10 Prozent ihres Jahresgewinns (2009: rd. 23 Mio. Euro) im Rahmen von Spenden und Sponsoring für kommunale, kulturelle, sportliche, wissenschaftliche und soziale Zwecke sowie für den Schutz der Umwelt in den jeweiligen Regionen zur Verfügung gestellt.</p>												

1.6. Schweden

1.6.1. Die Geschichte der Sparkassen

1820 wurde in Gothenburg die erste schwedische Sparkasse gegründet. Die schwedischen Sparkassen des frühen 19. Jahrhunderts sollten breiten Bevölkerungsschichten, insbesondere ärmeren Menschen, Finanzdienstleistungen anbieten. Zur Einhaltung dieser Zielgruppenorientierung bestand lange Zeit eine Einlagenhöchstgrenze, die die Institute in ihrem Wachstum behinderte.

1969 wurden die Sparkassen den Geschäftsbanken gleichgestellt. Die in Stiftungsform geführten Sparkassen wurden von angesehenen Bürgern aus dem kommunalen Umfeld gelenkt. Die Sparkassen beachteten das Regionalprinzip, obwohl es nicht festgeschrieben war.

Danach haben sich viele kleine Sparkassen zu Regionalbanken zusammenschlossen. Infolge eines schwieriger werdenden Wettbewerbsumfeldes, kombiniert mit der Deregulierung des schwedischen Bankenmarktes (die u. a. bestehende Beschränkungen des Kreditgeschäfts lockerte und den Markt für internationale Banken öffnete), kam es in der Folgezeit zu weiteren Zusammenschlüssen. Ein weiterer Treiber der Konsolidierung war die Konzentration vieler schwedischer Unternehmen und die damit verbundene Sitzverlagerung von der Provinz nach Stockholm, durch die lokal agierende Sparkassen Wettbewerbsvorteile einbüßten.

Durch ein Gesetz von 1991 wurde den Sparkassenstiftungen das Recht verliehen, ihr Bankgeschäft in Aktiengesellschaften einzubringen. Sparkassen, die von dieser Option Gebrauch machten, existierten als in der Rechtsform der Stiftung geführte „Anteilsverwaltungssparkassen“ fort. Ihre Funktion konzentriert sich neben der Verwaltung ihres Aktienanteils auf gemeinnützige Aufgaben. Die Schaffung von Sparkassen-Aktiengesellschaften führte damit zu einer funktionalen Trennung zwischen dem in der Aktiengesellschaft angesiedelten operativen Geschäft und der Wahrnehmung gemeinnütziger Aufgaben durch die Stiftung.¹⁵

Die Swedbank entstand durch zwei Fusionen (1992 und 1997). Sie umfasst heute die vormaligen Einrichtungen:

- Verband schwedischer Sparkassen
- Sparkassenzentralbank Swedbank
- Bankgeschäft von 11 großen Regional- und Kreissparkassen. Die 11 Sparkassenstiftungen, deren Bankgeschäft in die Swedbank eingebracht wurde, wurden Aktionäre der Swedbank.
- Genossenschaftsbank Schwedens, Föreningsbanken. Die Filialen der Föreningsbanken wurden an die Sparkassen verkauft.

Die Swedbank hat mit 58 unabhängigen Sparkassen einen Kooperationsvertrag geschlossen (master agreement). Die Sparkassen verkaufen Swedbank-Produkte auf Kommissionsbasis und operieren unter dem Swedbank-Logo. Zudem besteht eine enge Zusammenarbeit im IT-Bereich. Keine Kooperation besteht mit Sparbanken Öresund (der größten unabhängigen Sparkasse). Die Swedbank ist zudem an 5 Sparkassen mit Anteilen zwischen 30 und 60 Prozent beteiligt.

15 Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 43.

1.6.2. Aktuelle Situation

64 Sparkassen (31.12.2010)	5 Sparkassen-AGs mit Beteiligung der Swedbank (partly-owned banks) sowie 59 unabhängige Sparkassen (independent savings banks) davon: 9 AGs 50 private Stiftungen (<i>in der Statistik des Bankenverbands werden nur diese als „savings banks“ geführt</i>) Sparbanken Syd hat ihre Umwandlung in eine AG angekündigt und wird mit der Sparbanken Öresund fusionieren.								
Rechtsform	Ursprünglich private Stiftungen. Seit 1991 besteht die Möglichkeit, das Bankgeschäft in Aktiengesellschaften einzubringen.								
Regionalprinzip	ja, für Stiftungen								
Gemeinwohl-orientierung	ja (Stiftungen)								
Statistische Informationen (nur 50 private Stiftungen)	<table> <tr> <td>Filialen</td> <td>182</td> </tr> <tr> <td>Mitarbeiter</td> <td>2.348</td> </tr> <tr> <td>Bilanzsumme</td> <td>16.480 Mio. Euro</td> </tr> <tr> <td>Marktanteile</td> <td>5,1 Prozent Einlagen 3,9 Prozent Kredite</td> </tr> </table>	Filialen	182	Mitarbeiter	2.348	Bilanzsumme	16.480 Mio. Euro	Marktanteile	5,1 Prozent Einlagen 3,9 Prozent Kredite
Filialen	182								
Mitarbeiter	2.348								
Bilanzsumme	16.480 Mio. Euro								
Marktanteile	5,1 Prozent Einlagen 3,9 Prozent Kredite								

1.7. Norwegen

Auch Norwegens Sparkassen wurden Anfang des 19. Jahrhunderts mit einem starken lokalen Fokus und als wichtige Finanzierungsquelle für dort ansässige Unternehmen und Haushalte gegründet. Aufgrund der ländlichen Gegebenheiten hatte fast jede Gemeinde ihre eigene Sparkasse. Nach 1960 wurde der norwegische Bankensektor konsolidiert, dies führte zu Fusionen zwischen den Sparkassen. Wegen dieser Fusionen ging die Anzahl der Sparkassen um 55 Prozent zurück. Als Konsequenz aus der Deregulierung 1980er Jahre entwickelten die Sparkassen unterschiedliche Strategien: Einige Sparkassen arbeiteten weiter auf der lokalen Ebene oder expandierten in Nachbargemeinden, andere verfolgten eine Wachstumsstrategie, indem sie Sparkassen anderer Gemeinden übernahmen.

In den 1990er Jahren wurden drei Sparkassenallianzen gegründet, die die Aktivitäten in Bereichen EDV, Versicherungen und Immobilien koordinieren sollten. Das Besondere an den Allianzen war der fehlende Wettbewerb zwischen den Mitgliedern.

Die Finanzkrise von 1988 bis 1993 hat viele Sparkassen in Schwierigkeiten gebracht. Diese Sparkassen wurden von solventen Sparkassen übernommen und wieder aufgebaut.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern machen Kredite an Unternehmen in Norwegen einen Großteil der Bilanzsumme aus (2005: 26 Prozent).¹⁶

Nach der Umwandlung der größten norwegischen Sparkasse, Gjensidige Nor, in eine Aktiengesellschaft wurde diese Mitte 2003 durch die größte kommerzielle Bank des Landes, Den norske Bank, übernommen. Die aus der Übernahme entstandene DnB Nor ist formal eine Sparkasse, weil die Eigentümerstiftung der Gjensidige Nor noch 10,03 Prozent der Anteile hält. Der norwegische Staat hält 34 Prozent und verfügt damit über eine Sperrminorität.

Ein Großteil der Sparkassen hat sich einer der drei oben genannten Sparkassenallianzen angeschlossen. Die Allianzen arbeiten in der Regel in den Bereichen Technologie, Abwicklung, Werbung, Kommunikation, Erfahrungsaustausch und Einkauf zusammen. Außerdem bestehen gemeinsame Tochterunternehmen, zum Beispiel im Versicherungsbereich.

1.7.1. Aktuelle Situation

Rechtsform	Unabhängige Stiftungen, seit 2002 Umwandlung in eine Aktiengesellschaft möglich mit Anteilsverbleib bei der Sparkassenstiftung. Ein Anteil von über 10 Prozent der Sparkassenstiftung ist erforderlich, damit das Institut die Bezeichnung Sparkasse führen und Mitglied der Gemeinschaftseinrichtungen des Sparkassensektors bleiben darf.
Geschäftstätigkeit	Seit einer Änderung des Sparkassengesetzes 1961 unterliegen die Sparkassen keiner Einschränkung ihrer Geschäftstätigkeit.
Regionalprinzip	De facto nein, Zweigstellen außerhalb der Gemeinde werden vom König genehmigt.
Gemeinwohlorientierung	Gewinne dürfen unbegrenzt für gemeinwohlorientierte Zwecke eingesetzt werden. Bei einer Ausschüttung von über 30 Prozent ist die Finanzaufsicht zu informieren, über 60 Prozent ist deren Genehmigung einzuholen. Vor 2009 war die Ausschüttung auf 25 Prozent begrenzt.

Statistische Information (2010, inkl. DnB Nor)

Anzahl Sparkassen	114 (Juni 2011)
Filialen	745

16 Ostergaard, Charlotte/Schindle, Ibolya/Vale, Bent, Social Capital and the Viability of Stakeholder-Oriented Firms: Evidence from Norwegian Savings Banks Bergen 2009, S. 8 ff.

[REDACTED]

[REDACTED]	[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

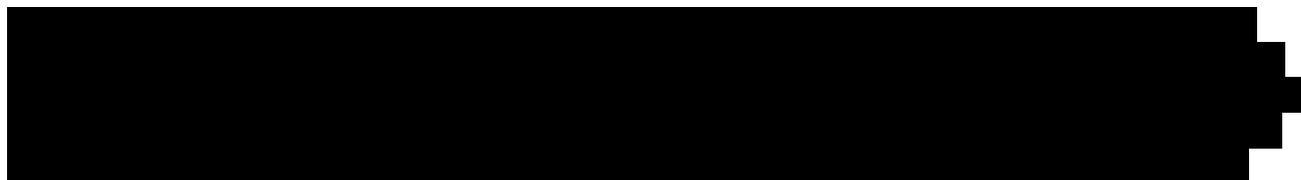
[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



1.8.1. Tschechische Republik / Slowakische Republik

Historisch gab es sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei ab Mitte des 19. Jahrhunderts eigenständige Sparkassen. Sie wurden in Zeiten der Planwirtschaft zu einem Institut konzentriert, verstaatlicht und in ihre Geschäftstätigkeit im Wesentlichen auf einfaches Kredit- und Einlagengeschäft zurückgeschnitten. Beide „nationalen“ Sparkassen wurden nach der Wende in einem Bieterprozess durch die österreichische Erste Group Bank AG übernommen und unternehmerisch in die dortige Gesamtstruktur eingegliedert. Die Filialdichte wurde zurückgefahren und stärker auf die prosperierenden Regionen (zum Beispiel Bratislava) ausgerichtet.

Name des Instituts	Ceska Sporitelna
Gründungsjahr	1825
Übernahme	52 Prozent durch Erste Group Bank AG im Jahr 2000 (bis 2003, dann zu 98 Prozent)
Mitarbeiter 2011	10.500
Filialen 2011	654
Kunden 2011	5,2 Mio.
Geschäftsergebnis 2011	178 Mio. Euro (nach Steuern)
Marktposition (eigene Angaben)	Führend bei Privatkrediten, Einlagen, Filialnetz und Geldautomatennetz

Name des Instituts	Slovenska Sporitelna
Übernahme	87 Prozent durch Erste Group Bank AG im Jahr 2001 (bis 2005, dann 100 Prozent)
Gründungsjahr	1825
Mitarbeiter 2011	4.000

Name des Instituts	Slovenska Sporitelna
Filialen 2011	293
Kunden 2011	2,5 Mio.
Geschäftsergebnis 2011	50 Mio. Euro (nach Steuern)
Marktposition (eigene Angaben)	Führend nach Bilanzsumme, bei Privatkrediten, Einlagen, Filialnetz und Geldautomatennetz

1.8.2. Ungarn

Die OTP Bank ist eine „späte“ Sparkassengründung. Sie wurde zunächst für das Geschäft mit Privatkunden im Bereich Kredite und Einlagen gegründet. Ihre Aufgaben weiteten sich schnell aus, z.B. auf Immobiliengeschäfte, Kommunalkredite, Fremdwährungskonten etc. Seit 1989 ist die OTP eine kommerzielle Bank mit breitem Angebot und heute nicht mehr staatlich. Sie fühlt sich dem traditionellen Geschäftsmodell der Sparkassen verpflichtet, dem Retailgeschäft, dem Geschäft mit Unternehmen und Kommunen sowie dem sozialen Engagement. Daneben gibt es am Markt auch eine ungarische Tochter der österreichischen Sparkassenorganisation.

Name des Instituts	OTP Bank
Gründungsjahr	1949 (National Savings Bank, OTP Bank) 1990 Umwandlung der Staatsbank in eine GmbH in öffentlicher Hand (public liability company) Börsengang 1995
Eigentümer	0,4 Prozent Staat 27,6 Prozent sonstige inländische Investoren 66,2 Prozent ausländische Investoren 5,8 Prozent sonstige. Es gibt keine Vorzugsaktien mehr. Die Beschränkung der Stimmrechte ausländischer Aktionäre wurde 2007 aufgehoben.
Mitarbeiter 2010	7.800
Filialen 2010	380
Geschäftsergebnis 2010	422 Mio. Euro (nach Steuern)

1.8.3. Polen

In Polen ist die PKO BP noch zu gut 40 Prozent in staatlicher Hand. Sie agiert gleichwohl als kommerzielle Bank. 70 Prozent des polnischen Bankenmarktes befinden in ausländischer Hand, daher wird der Staat weiter die PKO als „polnisches Institut“ halten.

Name des Instituts	PKO BP Bank Polski
Gründungsjahr	1919 1974-1987 Teil der Nationalbank 2000 Umwandlung in AG (in Staatsbesitz) 2004 Börsengang

Name des Instituts	PKO BP Bank Polski
Eigentümer	40,99 Prozent Staat 10,25 Prozent Bank Gospodarstwa Krajowego 48,78 Prozent andere
Mitarbeiter 2011	27.000
Filialen 2011	1.200 sowie 2.000 kleinere Serviceeinheiten (13 regionalen Kundenzentren zugeordnet).
Geschäftsergebnis 2011	858 Mio. Euro (nach Steuern)
Marktposition (eigene Angaben)	Polens größte Bank; führend bei Girokonten, bei Privat- und Firmenkunden, stark bei Kommunal-kunden

2. Einlagensicherungssysteme

2.1. Deutschland

Die Einlagen der Kunden von Sparkassen sind in vollem Umfang durch den Haftungsverbund abgesichert. Im Haftungsverbund sind 426 Sparkassen, 8 Landesbankkonzerne und 10 Landesbausparkassen, die in einem hypothetischen Notfall füreinander einstehen würden.

Dieses Sicherungssystem besteht aus insgesamt 13 Sicherungseinrichtungen, die sich satzungsmäßig zu einem Haftungsverbund zusammengeschlossen haben. Diese Sicherungseinrichtungen sind die elf regionalen Sparkassenstützungsfonds, die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie der Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Mit Hilfe dieses Haftungsverbundes soll die Liquidität und die Solvenz der Institute gesichert werden, sodass sie jederzeit alle Verbindlichkeiten erfüllen können.¹⁹

2.2. Österreich

Der Aufbau des österreichischen Haftungsverbundes ähnelt demjenigen in Deutschland. Hierbei haben sich die 53 Sparkassen (Stand Ende 2010) und die Erste Bank zusammengeschlossen, um in Notsituationen einander Hilfe zu leisten.

Abgewickelt wird der Verbund über eine HaftungsGmbH. An dieser hält die Erste Bank 51 Prozent und die beteiligten Sparkassen den restlichen Anteil – gewichtet nach ihrem Haftungsvolumen. Von den insgesamt vier Geschäftsführern werden jeweils zwei von den Sparkassen und der Ersten Bank gestellt.

Mit Hilfe dieses Haftungsverbundes wird gewährleistet, dass die Einlagen den Kunden kurzfristig zur Verfügung stehen. Sollten die Kennzahlen, wie zum Beispiel die Kernkapitalquote, die

19 Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Haftungsverbund, unter: <http://www.dsgv.de/de/sparkassen-finanzgruppe/haftungsverbund/index.html>, aufgerufen am 18. Juni 2012.

Eigenkapitalquote, die Eigenkapitalverzinsung oder die Kundeneinlagen, unterschritten oder nicht erreicht werden, kann die HaftungsGmbH mit Hilfe zur Seite stehen.²⁰

2.3. Frankreich

In Frankreich existiert ein Einlagensicherungssystem für den gesamten Bankensektor. Der Einlagensicherungsfonds (Fonds de Garantie des Dépôts) ist in drei Bereichen für die Entschädigung zuständig – neben den reinen Spar-, Termin- und Sichteinlagen auch für Wertpapiere und Garantieverpflichtungen, diese Verpflichtung sind in dem Gesetz zum Währungs- und Finanzwesen (Code monétaire et financier) festgeschrieben.²¹ In diesem Sicherungssystem werden allerdings nicht alle Beträge im vollem Umfang gesichert.

2.4. Schweden

Das Einlagensicherungssystem Schwedens basiert auf einer staatlichen Garantie. Da es kein eigenständiger Sicherungsfonds ist, sondern ein staatliches Anlegerentschädigungssystem, ist der Staat dafür zuständig, dass die Kunden im Falle der Insolvenz der Bank ihre Einlagen erstattet bekommen. Einlagen bei schwedischen Kreditinstituten sind über den Staat bis zu einer Sicherungsgrenze von 100.000 Euro je Kunde und Bank in voller Höhe abgesichert.²²

2.5. Italien

Die Einlagensicherung wird in Italien über einen Fonds, den Fondo Interbancario di Tutela dei Depositi (FITD), gewährleistet. Ziel dieses Fonds ist es neben der reinen Sicherung der Einlagen auch gegenseitige Unterstützung der Mitgliedsunternehmen.

Der FITD sorgt seinerseits dafür, dass bereits bei ersten Anzeichen von wirtschaftlichen Problemen einer Bank reagiert wird. Der Fonds bewertet das Kreditrisiko der Banken regelmäßig anhand mehrerer Indikatoren und informiert die Unternehmen über ihren aktuellen Stand. Sollte ein Kreditinstitut die strengen Vorgaben nicht erfüllen, drohen Sanktionen bis hin zum Ausschluss.

Ähnlich wie in anderen Einlagensicherungssystemen werden Einlagen bis zu 100.000 Euro zu 100 Prozent gesichert.²³

20 Erste Bank Österreich: Haftungsverbund der Sparkassengruppe: Kundeneinlag, unter: www.erstegroup.com/de/Downloads/0901481b800020f9.pdf, aufgerufen am 18. Juni 2012.

21 <http://www.tagesgeld.info/ratgeber/einlagensicherung/einlagensicherung-in-frankreich/>, aufgerufen am 18. Juni 2012, und: <http://www.garantiedesdepots.fr/spip/spip.php?lang=en>, abgerufen am 5. Juli 2012.

22 <http://www.tagesgeld.info/ratgeber/einlagensicherung/einlagensicherung-in-schweden/>, aufgerufen am 18. Juni 2012.

23 <http://www.tagesgeld.info/ratgeber/einlagensicherung/einlagensicherung-in-italien/>, aufgerufen am 18. Juni 2012.

2.6. Spanien

Die Sparkassen in Spanien besitzen ein eigenes Einlagensicherungssystem. Abgesehen von den Bürgschaften, mit denen Anleger geschützt werden sollen, sind die “Fondos de Garantía de Depósitos” (FGD) auch mit dem Hintergedanken eingerichtet worden, Sparkassen zu stärken, sollten Unternehmen in eine finanzielle Schieflage geraten. Das Management des Fonds obliegt dem Verwaltungsausschuss, der acht Mitglieder hat (vier von der Spanischen Zentralbank und vier von den Mitgliedsunternehmen).

Auch hier sind die Einlagen bis zu 100.000 Euro zu 100 Prozent gesichert.²⁴

2.7. Polen

In Polen existiert der Bankengarantiefonds, der im Februar 1995 eingerichtet wurde.

Der Fonds hat seinen Sitz in Warschau, ist für die Einlagensicherung des Landes zuständig und gehört zu den Einrichtungen, die für die Überwachung der Sicherheit des Bankwesens zuständig sind. In diesem Sinne kümmert sich das von einem Verwaltungsrat geleitete Sicherungssystem nicht nur um die Abwicklung nach einer Bankenpleite, sondern ist auch darum bemüht, Banken aus einer Krise zu helfen und sie bei der Fusion mit einem anderen Kreditinstitut zu unterstützen.

Seit dem 1. Januar 2011 gilt in Polen eine neue Einlagensicherungsgrenze. Sie wurde gemäß dem Standard in der Europäischen Union auf 100.000 Euro angehoben und deckt jetzt 100 Prozent der Forderungen ab. Einlagen bei Kreditgenossenschaften sind nicht über den Fonds abgesichert.²⁵

2.8. Ungarn

Der nationale Einlagensicherungsfonds (NDIF) übernimmt seit Mitte 1993 den Anlegerschutz in Ungarn. Zudem ist er für die Regulierung der ungarischen Kreditinstitute zuständig. Er unterliegt der ungarischen Finanzaufsicht und wird von einem unabhängigen Vorstand geleitet. Dabei genießt der Einlagensicherungsfonds zwar nicht den Status einer Behörde, hat aber die nötigen Befugnisse, um im Sinne der Anleger zu handeln und die Kreditinstitute zu überprüfen.²⁶

Ungarn folgt den Standard der Europäischen Union. Dementsprechend gilt ein 100-prozentiger Anlegerschutz bis zu einem Betrag von 100.000 Euro.

24 <http://www.tagesgeld.info/ratgeber/einlagensicherung/einlagensicherung-in-spanien/>, aufgerufen am 18. Juni 2012.

25 <http://www.tagesgeld.info/ratgeber/einlagensicherung/einlagensicherung-in-polen/>, aufgerufen am 02. Juli 2012.

26 <http://www.tagesgeld.info/ratgeber/einlagensicherung/einlagensicherung-in-ungarn/>, aufgerufen am 02. Juli 2012.

2.9. Slowakische Republik

Der Einlagensicherungsfonds ist seit dem 10. Oktober 1996 als juristische Person im Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava eingetragen. Für die Finanzierung sind ausschließlich die Mitgliedsunternehmen zuständig. Es ist ausgeschlossen, dass Gelder aus dem Staatshaushalt in den Sicherungsfonds fließen. Ebenso gilt, dass es sich nicht um einen Fonds der Regierung handelt. Vorgeschrieben ist, dass jede Bank in der Slowakischen Republik ab dem Tag, an dem sie die erste Einlage eines Kunden annimmt, Beiträge zahlen muss. Berechnungsgrundlage sind die Kundeneinlagen, von denen ein fester Prozentsatz abgeführt wird.

Die Einlagen bei slowakischen Banken sind seit dem 1. Januar 2011 zu 100 Prozent bis zu 100.000 Euro gesichert.²⁷

2.10. Tschechische Republik

Die Leitung des tschechischen Sicherungsfonds liegt in den Händen des Verwaltungsrates, dessen fünf Mitglieder aus den Reihen des Finanzministeriums, der Nationalbank und der beteiligten Banken bestimmt werden. Das Gremium verwaltet den Fonds, sorgt dafür, dass die Gelder investiert werden, kümmert sich im Sicherheitsfall um die gesetzeskonforme Abwicklung und ist darum bemüht, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zu vertiefen und so die Integration zu fördern. Bisher musste der Einlagensicherungsfonds in sechzehn Fällen eingreifen. Zwölf Mal wurden ordentliche und vier Mal zusätzliche Ausgleichszahlungen getätigt.

Die Einlagensicherung in der Tschechischen Republik deckt 100 Prozent der Forderungen bis maximal 100.000 Euro ab. Die Entschädigung muss künftig innerhalb von 20 Tagen erfolgen, um eine Panik unter den Kunden und einen Domino-Effekt zu vermeiden.²⁸

3. Geschäftsmodelle und Verbindungen zu anderen Instituten

Die europäischen Sparkassen sind als Universalbanken tätig (meist in ihrer Region), demnach nutzen sie die gesamte Bandbreite des Bankengeschäfts. In Großbritannien sind allerdings nur Spezialbanken zu finden.

In Deutschland besteht ein vertikaler Verbund zwischen den Sparkassen, deren kommunale Institute auch Mitglieder der regionalen Sparkassenverbände sind und der Sparkassen-Finanzgruppe, hierbei werden viele Produkte gemeinsam vertrieben.²⁹ In Italien besteht außer dem vertikalen Verbund der Sparkassen mit den Stiftungen keine nennenswerte Verbindung zu

27 <http://www.tagesgeld.info/ratgeber/einlagensicherung/einlagensicherung-in-der-slowakei/>, aufgerufen am 02. Juli 2012.

28 <http://www.tagesgeld.info/ratgeber/einlagensicherung/einlagensicherung-in-tschechien/>, aufgerufen am 02. Juli 2012.

29 Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Haftungsverbund, unter: <http://www.dsgv.de/de/sparkassen-finanzgruppe/haftungsverbund/index.html>, aufgerufen am 05. Juni 2012.

anderen Instituten. Spanien ist eins der europäischen Länder, die keine Verbundstrukturen aufweist. In Schweden sind wiederum Verbindungen (vertikal) der Sparkassen mit der Swedbank vorhanden, die in der Kooperation münden.³⁰ Österreich weist die komplexeste Verbundstruktur auf: Hier hat die Erste Bank Österreich mit 52 österreichischen Sparkassen eine Kooperation sowie einen Haftungsverbund eingerichtet, beides mit vertikalen Strukturen.³¹ In Norwegen sind ebenfalls Verbundstrukturen bei den Allianzen der Sparkassen zu erkennen (horizontal).

4. Zusammenarbeit zwischen den Sparkassen auf europäischer Ebene und die Bedeutung der European Savings Banks Group (ESBG)

In Deutschland gibt es zahlreiche Projekte, die der Zusammenarbeit der Sparkassen in Europa dienen. So besitzt Deutschland mit Polen ein Kooperationsbüro. Mit Hilfe dieses Büros soll eine effiziente Kommunikation und Kooperation zwischen den Sparkassen und Verbundpartnern sichergestellt werden. Außerdem soll hiermit der Informationsfluss hinsichtlich weiterer deutsch-polnischer Initiativen und Kooperationsmöglichkeiten (vor allem für Sparkassenkunden) optimiert sowie Unterstützungsfonds kanalisiert und wirtschaftliche Standards eingerichtet werden.

Weitere Projekte haben den Aufbau, die Restrukturierung oder die Finanzmarktentwicklung in Süd-, Mittel- und Osteuropa zum Gegenstand.³²

Die ESBG (auch ESV genannt) spielt eine tragende Rolle in der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Sparkassen. Die ESBG vertritt die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den EU-Institutionen und entwickelt, unterstützt und leitet grenzüberschreitende Bankenprojekte.³³ Dazu gehören zum Beispiel die EU-China Financial Services Kooperationsprojekte. Die ESBG bietet eine Plattform für gemeinsame Initiativen und Projekte (Business Cooperation) sowie technische Hilfe bei der Umsetzung der Projekte (Consultancy Services). Zu diesem Projekten zählen unter anderem die Beratung kleinerer und mittlerer Unternehmen und die Entwicklung von Lösungen für die technische Abwicklung des Bankgeschäfts.³⁴

30 Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 47 f.

31 Landesbank Hessen-Thüringen, Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Europa, Frankfurt am Main 2008, S. 32.

32 Eine Liste mit den Staaten und den Beschreibungen der Projekte findet sich unter: Finanzgruppe Sparkassenstiftung für internationale Kooperation: Projekte, unter: <http://www.sparkassenstiftung.de/projekte/projekte-listedetails/region/europa/projekt/aufbau-und-staerkung-des-deutsch-polnischen-kooperationsbueros-der-sparkassen/0/1.html>, aufgerufen am 05. Juni 2012.

33 Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Sparkassen international, unter: <http://www.dsgv.de/de/sparkassen-finanzgruppe/sparkassen-international/index.html>, aufgerufen am 05. Juni 2012.

34 European Savings Banks Group: Mission, unter: <http://www.esbg.eu/template/content.aspx?id=290&LangType=1033>, aufgerufen am 05. Juni 2012.

5. Die Sparkassenaufsichten der einzelnen europäischen Länder

In den ausgewählten europäischen Länder existieren kaum eigene Sparkassenaufsichten, die Sparkassen werden meistens von den Nationalbanken oder allgemeinen Bankenaufsichten überwacht.

In Deutschland allerdings gibt zusätzlich zur Kontrolle durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine Sparkassenaufsicht in den einzelnen Ländern. Diese Aufsichten überwachen die Einhaltung von Gesetzen und Satzungen sowie weitere sparkassenrechtliche Vorschriften der Länder. Die Aufsicht wird entweder vom Finanz-, Wirtschafts- oder Innenministerium ausgeübt.³⁵

Die Sparkassen in Spanien, Frankreich und Italien werden durch ihre Nationalbanken im Rahmen einer allgemeinen Bankenaufsicht beaufsichtigt (Bank of Spain, Bank of France und Banca d'Italia).

In Österreich übernimmt fallen alle Kreditinstitute unter die Aufsicht der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und der Finanzmarktaufsicht (FMA). Seit der Neustrukturierung zum 1. Januar 2008 fungiert die OeNB als Prüf- und Analyseorgan, während die FMA als zuständige Behörde aufgrund der von der OeNB zur Verfügung gestellten Erkenntnisse tätig wird.³⁶ Darüber hinaus gibt es einen Sparkassen-Prüfungsverband, dem alle Sparkassen, Sparkassen-Aktiengesellschaften und Privatstiftungen angehören. Dieser prüft nicht nur die Jahresabschlüsse, sondern beispielsweise auch Prospekte. Außerdem nimmt er Aufgaben in Verbindung mit der Einlagensicherung wahr.³⁷

Norwegens Finanzaufsicht, die Finanstilsynet, ist für die Überwachung jedes Institutes sowie jedes Unternehmens auf dem Finanzmarkt verantwortlich. Die Finanzaufsicht hat für jeden Teil des Finanzmarktes eine Abteilung und dies ist noch in verschiedenen Posten unterteilt.³⁸

6. Auswirkungen der Finanzkrise auf die Sparkassen

6.1. Deutschland

Die Sparkassen waren sowohl direkt als auch indirekt von der Finanzkrise betroffen. Zum einen mussten Abschreibungen auf Wertpapiere getätigt werden und Kreditgeschäfte sind geplatzt.

35 Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Rating: Moody's Kreditanalyse vom 4. April 2012, unter: <http://www.dsgv.de/de/sparkassen-finanzgruppe/rating/index.html>, abgerufen am 5. Juli 2012.

36 Österreichische Nationalbank: Bankenaufsicht, unter: http://www.oenb.at/de/finanzm_stab/bankenaufsicht/bankenaufsicht.jsp, abgerufen am 5. Juli 2012.

37 Sparkassen-Prüfungsverband, Zweck und Aufgaben, unter: <http://www.s-pv.at/index.php?seite=Aufgaben.htm>, abgerufen am 5. Juli 2012.

38 Finanstilsynet, unter: <http://www.finanstilsynet.no/en/Secondary-menu/About-Finanstilsynet/Organisation/Organisation-chart1/>, aufgerufen am 07. Juni 2012.

Zum anderen wurden sie durch die Probleme der Landesbanken, bei denen sie Anteile besitzen, belastet. Ein Beispiel sind die Fehlspekulationen der BayernLB am US-Hypothekenmarkt, die der Bank einen Verlust von 5,1 Mrd. Euro einbrachte. Aus diesem Grund mussten vom Stammkapital der bayerischen Sparkassen 520 Mio. Euro abgeschrieben werden. Zusätzlich musste der Freistaat Bayern die BayernLB mit 10 Mrd. Euro unterstützen.

Ein ähnliches Beispiel ist die Sparkasse Südholstein und die HSH Nordbank. Hierbei wurde befürchtet, dass die Anteile der Sparkasse an der Nordbank abgeschrieben werden müssten, sodass sie nur noch ein Drittel des Wertes betragen. Dem zufolge würde die Sparkasse 130 Mio. Euro benötigen, um wieder eine Kernkapitalquote von 8 Prozent zu erreichen. Dies war aber nicht der Fall, da sich die Regierungen in Kiel und Hamburg für ein Rettungspaket in Milliardenhöhe für die Nordbank entschieden.³⁹

Die Finanzkrise hatte aber durchaus positive Entwicklungen für die Sparkassen. So hatten die Sparkassen im Jahr 2008 ein Rekord-Zustrom an Kundengelder in Höhe von 24,8 Mrd. Euro zu verzeichnen, da das Vertrauen der Kunden auf die Sparkasse aufgrund des Einlagensicherungssystems enorm gestiegen war. Bei diesen Einlagen handelte es sich um größere Beträge von Geschäftskunden, Geld von Privatanlegern und Einlagen von Neukunden.⁴⁰

Trotz der Finanzkrise hatten die deutschen Sparkassen einen Gewinn von 1,3 Mrd. Euro (1,7 Mrd. Euro im Vorjahr) zu verbuchen.⁴¹ Als Folge der Finanzkrise sind die Sparkassen weiter fusioniert, sodass die Struktur weiter gestärkt wird.

6.2. Frankreich

Als die Finanzkrise ausbrach, verlor die französische Sparkasse rund 600 Mio. Euro beim Handel mit Aktienderivaten. Aufgrund ihres Eigenkapitals in Höhe von 20 Mrd. Euro stand die Sparkasse dadurch zwar keinem gravierenden Problem gegenüber, die Sparkassen beschlossen aber in der Folge den Zusammenschluss mit den Genossenschaftsbanken (Banques Populaires). Durch die Fusion im Jahr 2009 ist die zweitgrößte französische Bankengruppe mit Einlagen von 480 Milliarden Euro, 8.200 Filialen und knapp 100.000 Mitarbeitern entstanden.⁴²

39 Toller, Andreas: Sparkassen im Sog der Landesbanken, Wirtschaftswoche vom 7. April 2009, unter: <http://www.wiwo.de/finanzen/finanzkrise-sparkassen-im-sog-der-landesbanken/5143186.html>, aufgerufen am 07. Juni 2012.

40 o. V.: Sparkassen als große Gewinner, Focus online vom 7. Oktober 2008, unter: http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/finanzkrise-sparkassen-als-grosse-gewinner_aid_338818.html, aufgerufen am 07. Juni 2012.

41 o. V.: Sparkassen erhalten Milliarden-Zustrom, Spiegel vom 18. März 2009, unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/finanzkrise-sparkassen-erhalten-milliarden-zustrom-a-614072.html>, aufgerufen am 07. Juni 2012.

42 o. V.: Französische Sparkasse verliert 600 Millionen Euro, Spiegel Online vom 17. Oktober 2008, unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/derivatelandel-franzoesische-sparkasse-verliert-600-millionen-euro-a-584778.html>, aufgerufen am 07. Juni 2012.

6.3. Spanien

Aufgrund der Finanzkrise hat sich die Zahl der Sparkassen durch Fusionen in Spanien von 45 auf 15 reduziert. Ohne diese Zusammenschlüsse hätten die Institute die Verluste nicht decken können und Insolvenz anmelden müssen. Grund für die Verluste war unter anderem, dass diese Sparkassen in den letzten Jahren nach großer politischer Einflussnahme der lokalen und regionalen Regierung viele unrentable Großprojekte mitfinanziert haben. Zwischenzeitlich mussten drei Sparkassen verstaatlicht werden.

Für die Zukunft werden weitere Fusionen erwartet. Hierbei könnten, anders als bei den vorhergehenden Zusammenschlüssen, die Privatbanken die führende Rolle übernehmen. Experten gehen davon aus, dass die Zahl der Sparkassen auf zwölf oder sogar noch weiter sinkt. Im Vergleich zu früher gibt es heute ohnehin nur noch zwei Sparkassen, die dem klassischen Vorbild entsprechen.⁴³



43 Schäfer, Thilo: Nach dem Goldrausch, in: Sparkasse März 2012, S. 37f.